

Der Vollzugsdienst

4-5/2022 – 69. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Treffen der Tarifvertreter:
Nach dem Tarifabschluss ist vor
dem Tarifabschluss**

Vorbereitung des BSBD für die
kommenden Tarifverhandlungen

Seite 2

**Anwärter*innen des mittleren
Vollzugs- und Verwaltungsdienstes dürfen nicht verarmen**

Ein Anwärtersonderzuschlag wie
beim AVD könnte helfen

Seite 39

**Inflation und Kostensteigerungen:
Wohlstandsverluste sind wohl
unvermeidlich**

Die aktuellen Krisen werden uns noch
länger beschäftigen

Seite 49

Exorbitant gestiegene Energiekosten bedrohen den Industriestandort Deutschland

Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug, ebenso wie viele Pensionäre, sorgen sich angesichts der andauernden Preissteigerungen in allen Lebensbereichen um ihre finanzielle Zukunft.

Foto: Leonid/
stock.adobe.com



INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Vorwort des BSBD-Bundesvorsitzenden René Müller
- 2 Nach dem Tarifabschluss ist vor dem Tarifabschluss
- 4 Neue Studie zum Ausmaß von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Deutschland
- 5 Treffen der BSBD-Jugend Bund in Fulda
- 6 Bundessenioresprecher tagten in Lahnstein
- 8 Elke Wiesbauer zur neuen Vorsitzenden der BSBD AG Frauen gewählt
- 9 Sicherheit im bundesdeutschen Justizvollzug

LANDESVERBÄNDE

- 10 Baden-Württemberg
- 21 Bayern
- 24 Berlin
- 28 Brandenburg
- 31 Hamburg
- 36 Hessen
- 43 Mecklenburg-Vorpommern
- 45 Niedersachsen
- 49 Nordrhein-Westfalen
- 63 Rheinland-Pfalz
- 67 Saarland
- 68 Sachsen
- 71 Sachsen-Anhalt
- 74 Schleswig-Holstein
- 78 Thüringen
- 76 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS
Ausgabe 6: 15. November 2022



ERSCHEINUNGSTERMIN
Ausgabe 6: 13. Dezember 2022



Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Invasion Russlands in die Ukraine hält an, die Befürchtungen, dass dieser Krieg extreme Auswirkungen auf Deutschland und die weltweite Versorgungslage haben wird, insbesondere im Energiesektor und Versorgungsbereich übertreffen die negativen Erwartungen.

Inflation, Energiekostenexplosion, Preissteigerungen in allen Bereichen, die für viele Bürger kaum oder nicht mehr zu schultern sind und dazu unzureichende Entlastungspakete der Bundesregierung, die vor allem unseren Seniorinnen und Senioren die Zornesröte ins Gesicht treiben.

Nicht nur unsere Kolleginnen und Kollegen der unteren und mittleren Gehaltsklassen haben angesichts der weiter drohenden exorbitanten Preissteigerungen Angst vor der finanziellen Zukunft.

Die gut gemeinten, aber schlecht kommunizierten Ratschläge einiger Bundesminister tragen auch nicht zu einer Entspannung der Lage bei. Kurzum, die Situation in Europa ist kritisch und führt auch zu innenpolitischen Spannungen. Umso wichtiger ist in diesen Zeiten ein gut arbeitender Öffentlicher Dienst, um die Funktionalität des Staates und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Ein besonderes Interesse der Bundesregierung an der Stärkung des öffentlichen Dienstes konnten wir in den letzten Jahren bis heute nicht erkennen.

Der Bundeskanzler wünscht maßvolle Gehaltsforderungen der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften sollen zukünftig maßvolle Gehaltsforderungen in den Tarifverhandlungen aufstellen, so der Wunsch des Bundeskanzlers. Dazu ist anzumerken, dass wir als Gewerkschaft immer angemessene Lohnforderungen stellen, die sich an den Zwängen und Bedürfnissen unserer Mitglieder orientieren. Leider hat bislang die Tarifgemeinschaft der Länder bei der Gewährung von Lohnzuwächsen im TV-L in der Regel versagt und notwendige Lohnzuwächse und Verbesserungen nicht bzw. unzureichend gewährt. Sonder- und Einmalzahlungen können den dauerhaften Preisanstieg der Lebenshaltungskosten nicht kompensieren. Ohne Frage, die Forderung der Lohnzuwächse muss



René Müller,
BSBD-Bundesvorsitzender

sich an der Inflation und den gestiegenen Lebenshaltungskosten orientieren. Die Reaktion der Arbeitgeber werden wir bei den kommenden Tarifverhandlungen für den TV ÖD für Bund und Kommune beobachten.

Nicht nur Lohnzuwächse, sondern auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Berücksichtigung der Pensionäre bei den Versorgungsansprüchen sind Ausdruck der Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern. Hier sind vor allem die Landesministerien in der Pflicht. Dazu zählen wir auch die Ausbildung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug. Der **BSBD** stellt zunehmend fest, dass sich der Trend der mangelnden Bewerberlage fortsetzt und sich in einigen Bundesländern dramatisch zuspitzt bis hin zum Ausfall von geplanten Ausbildungslehrgängen wie bspw. in Hamburg und Brandenburg. Es muss mehr in die Mitarbeitergewinnung investiert werden.

Ein eklatantes Negativbeispiel im Umgang mit Mitarbeitern lieferte kürzlich das Land Schleswig-Holstein in der Betreuung und Fürsorge seiner Anwärterinnen und Anwärter, die in unzumutbaren Verhältnissen ihre theoretische Ausbildung vollziehen sollen. Der **BSBD Schleswig-Holstein** wandte sich in einem offenen Brief an das Landesjustizministerium und forderte sofortige Abhilfe. Nach Medienberichten wurde durch die Kommunalpolitik das Problem heruntergespielt und die Kolleginnen und Kollegen schon fast verhöhnt. (Bericht Homepage www.bsbd.de und auf den Seiten 75 und 76 dieser Ausgabe). So funktioniert Wertschätzung und Mitarbeiterwerbung sicher nicht.



Wegen drohender exorbitanten Preissteigerungen sorgen sich viele Menschen um ihre finanzielle Zukunft.

Foto: Jiri Hera/stock.adobe.com

Es gibt auch Erfreuliches zu berichten

Trotz aller Hiobsbotschaften ist gerade aus unserem Verband Erfreuliches zu berichten, da das Engagement der Mitglieder auch in diesen Zeiten sehr stark ist.

Der **BSBD Thüringen** hat auf seinem letzten Verbandstag einen neuen Vorsitzenden gewählt. Wir gratulieren dem neuen Vorsitzenden **Ronny Rüdiger** und gehen davon aus, dass die Zusammenarbeit mit dem Landesverband Thüringen in gewohnt guter Form weitergeführt wird. Natürlich möchte ich mich persönlich und im Namen der Bundesleitung bei **Jörg Bursian** bedanken, der als bisheriger Landesvorsitzender den Landesverband

Thüringen hervorragend geleitet hat und mit seinen Informationen/Kritiken und Beiträgen dem Bundeshauptvorstand und der Bundesleitung eine wichtige Hilfe und Unterstützung war.

Auch der **BSBD Berlin** führte seinen Landesgewerkschaftstag durch. Kollege **Thomas Goiny** ist alter und neuer Landesvorsitzender. Ihm und seinem neu gewählten Vorstand die besten Glückwünsche und ebenfalls viel Erfolg und Fortune. Wir sind überzeugt, dass die Zusammenarbeit mit dem **BSBD Berlin** genauso gut fortgeführt wird, wie wir es seit Jahren gewohnt sind.

Weiterhin tagte am 25. und 26. Juni 2022 die **BSBD-Bundesfrauenvertretung** der Länder unter anderem mit dem Ziel, die zukünftige Bundesfrauenvertretung zu wählen. Die Sitzung fand in Berlin statt. Zur **BSBD-Frauenvertreterin** wurde Frau **Elke Wiesbauer (JVB)** gewählt. **Ingrid Bernhardt** danken wir für ihr Engagement und ihrer Arbeit im Sinne des **BSBD**. **Ingrid** hat in den vergangenen fünf Jahren die Arbeit der Frauenvertretung neu belebt und sich mit Herzblut für die Belange der Frauen eingesetzt. Wir gehen davon aus, dass der **BSBD** mit **Elke Wiesbauer** eine gute und starke Stimme der Frauen im Bundeshauptvorstand hat, die unter Berücksichtigung der neuen Herausforderungen durch die aktuellen Krisen auch noch einmal neue Aspekte, Kritiken und Hinweise für unsere Arbeit einbringen kann.

Im Bereich der **BSBD-Jugend** verzeichnen wir gute Fortschritte. So wurde in einer Präsenzveranstaltung am 19. und 20. September 2022 in Fulda die Wahl eines **BSBD-Jugendvertreters** durchgeführt. Die **BSBD-Jugend** wählte zum **Bundesjugendsprecher** den Kollegen **Phillipp Weimann** aus Baden-Württemberg und zu seiner Stellvertreterin die Kollegin **Vivian Wernert** aus dem Hamburger Landesverband.

Der **BSBD** übermittelt euch herzliche Glückwünsche zur Wahl und wünscht euch Erfolg und Tatkraft.

Erfreulich waren das Engagement und die rege Teilnahme der **BSBD-Jugendvertretungen** der Landesverbände. Dass sich alle Bundesländer in die **BSBD-Jugendarbeit** einbringen, bleibt avisiertes Ziel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zusammenhalt und ehrenamtliches Engagement ist der Garant für eine zuverlässige Verbandsarbeit und gibt den Mitgliedern der **Fachgewerkschaft BSBD** nicht nur in Krisenzeiten eine Stimme in der Öffentlichkeit.

René Müller

BSBD-Bundesvorsitzender

Nach dem Tarifabschluss ist vor dem Tarifabschluss

Vorbereitung des BSBD für die kommenden Tarifverhandlungen

Auftakt war das Treffen der Tarifvertreter in Königswinter. Dort war das Tarifergebnis 2021 immer noch Thema bei allen Tarifvertreter*innen des BSBD. Für alle Tarifvertreter*innen im BSBD war der letzte Tarifabschluss ein Kompromiss mit sehr faden Beigeschmack.

Der TdL hatte bei den Tarifverhandlungen die Gunst der Stunde erkannt und genutzt und ein Angebot von 1.300 € Corona-Zulage gemacht, im Wissen, dass die Fachgewerkschaften bei einer Ablehnung dies ihren Mitglieder hätten erklären müssen. Aus den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder wurde eine Ablehnung gefordert. Gleichzeitig war aber abzusehen, dass eine Streikbereitschaft kaum vorhanden war.



Besonders für die Kolleginnen und Kollegen des medizinischen Dienstes im Justizvollzug absolut verantwortungslos. Gerade diese Kolleginnen und Kollegen sehen nun, wie anderswo Zulagen gezahlt werden. Eine ebenso gleiche Anerkennung ihrer Tätigkeit zu erfahren, wird ihnen mit fadenscheinigen Erklärungen verwehrt.

Für unsere Kolleginnen und Kollegen ein Schlag ins Gesicht. Dies wird die Personalsituation im Justizvollzug, um ausgebildetes medizinisches Personal zu bekommen, sehr deutlich verschlechtern und den Vollzug in Gänze überproportional belasten.

Über die mittlerweile hohe Inflationsrate, gestiegenen Energiekosten und Lebenshaltungskosten müssen wir nicht lange reden. Katastrophal für uns alle.

Die nun noch kommenden 2,8 % bedeuten bei der derzeitigen Inflation ein sehr deutliches Minus.

- **Inflationsrate Deutschland 7/2022** = 7,5 %,
- **EU Inflation** = 8,9 %,

- **Prognose Deutschland 2022** = 6,9 %

Dies sollte auch ein Herr **Hilbert** nicht übersehen können. Nach Rückkehr in sein Bundesland stieß dieser Herr auf Kritik und Unverständnis aus den eigenen Reihen.

Regionaler Tarifabschluss mit Genehmigung der TdL in Niedersachsen

Verwirrender sind dann noch die Tatsachen eines regionalen Tarifabschlusses mit Genehmigung des TdL in Niedersachsen.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hatte grünes Licht für die Zahlung der Pflegezulage in Höhe von 140 Euro (brutto) auch für die Pflegekräfte im Maßregelvollzug Niedersachsen gegeben. dbb und GeNi haben lange dafür gekämpft und endlich werden die Pflegekräfte im Maßregelvollzug nicht mehr wie Kolleginnen und Kollegen zweiter Klasse behandelt.

Und wieder ein Schlag ins Gesicht der Pflege im Justizvollzug.

Mit Verhandlungsführern, solch einer Art und mit diesen Arbeitgebern ist es nicht verwunderlich, dass der öffentliche Dienst und die Pflegeberufe immer unattraktiver werden und das Abwandern weitergeht.

„Die“ Wahrheit an sich gibt es bekanntlich nicht, da jede „Wahrheit“ nur ein Konstrukt aus Wahrnehmung und Interpretation ist.

Zitat Cat Georg

Die Wahrnehmung und Interpretation im TdL sollte nun jedem bekannt sein.

Es muss doch mittlerweile überall bekannt sein, dass im Justizvollzug ganze Ausbildungslehrgänge ausfallen aufgrund der nicht mehr geeigneten Bewerber*innen.

Die Bewerber*innen die wir benötigen gehen dorthin, wo eine vertretbare Arbeitszeit, wo eine ordentliche Verdienst und Familienfreundlichkeit vorhanden sind. **Der Arbeitsmarkt reagiert – die öffentliche Hand wieder einmal mit Alibiaktionen.**

Wertschätzung ist verbunden mit Respekt, Wohlwollen und drückt sich aus in Zugewandtheit, Interesse, Aufmerksamkeit und Freundlichkeit.

Noch etwas in eigener Sache

Es gab Kritik nach den letzten Tarifverhandlungen. Wer der Meinung war oder immer noch sein sollte, dass nicht genug getan wurde vonseiten der Kolleg*innen im Tarif, den kann ich nur fragen, wo warst Du, als wir Dich bei den Aktionen vor den Landtagen und Ministerien gebraucht haben – als wir unsere Kolleg*innen in den anderen Bundesländern unterstützt haben?

Wir sind in den Ministerien und den Fachbereichen gewesen und haben uns auch in unserer Freizeit für Euch eingesetzt!

Erklärung zum Thema Tarifverhandlung

Wenn nur ein Bundesland im TdL nicht zustimmt, dann wird jedes Mal neu verhandelt. Also alles auf null. Hier gibt es nicht, die Mehrheit hat so abgestimmt. 8 x Ja und 7 x Nein, und es ist durch. Mitnichten: entweder alle im TdL oder keiner.

Wir, vom AG Tarif BSBD saßen bis tief in der Nacht in den Verhandlungsrunden, kommunizierten mit Fachleuten



Foto: drubig-photo/
stock.adobe.com

Ohne den Zusammenhalt und das Zusammenstehen der Gewerkschaftsmitglieder geht es nicht.

und holten uns immer wieder Informationen aus den Ländern und anderswo.

Fakt ist aber – ohne Euch, ohne Eure Unterstützung geht es nicht.

Wir benötigen Eure Unterstützung, alle zwei bis drei Jahre, für vielleicht zwei bis drei Stunden. Und auch als verbeamtete Kolleg*innen kann man dabei sein. Niemand kann Euch verbieten, in der Freizeit an Kundgebungen der Gewerkschaft teilzunehmen.

Ich / wir können Aussagen wie: „**Es bringt ja nichts, oder ich darf nicht streiken!**“ nicht mehr hören. Wenn dann noch jemand sagt: „**Ich bekomme das, was ausgehandelt wird, auch ohne mein persönliches Engagement ja ohnehin!**“ – Dankeschön!

Es muss allen klar sein: **die Verhandlungsführer im TdL sehen sehr genau, ob wir unterstützt werden, ob eine Streikbereitschaft da ist oder nicht**, und entsprechend wird das Wahrgenommene in den Verhandlungen dann eingesetzt. **Eure Kolleg*innen im AG Tarif BSBD werden trotzdem nicht müde, sich für Euch alle einzusetzen.**

Sönke Patzer
Stellv. Bundesvorsitzender
Vors. AG Tarif BSBD



SI WorkLife

Was auch kommt: Ich bleibe in Balance.
Mit meinem Einkommenschutz.

Mit **SI WorkLife** können Sie Ihr Einkommen jetzt ganz individuell schützen und drohende Einkommensverluste abfedern. Wir bieten passgenaue Lösungen, mit denen Sie genau das versichern können, was Sie wirklich brauchen. Ihr persönlicher Betreuer der SIGNAL IDUNA Gruppe oder auch unsere Ansprechpartner vor Ort beraten Sie gerne.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, oed-info@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

Neue Studie zum Ausmaß von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Deutschland

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat das deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) mit dieser Studie beauftragt. Ziel der Studie ist es lt. FÖV, eine Faktenbasis für die Entwicklung nachhaltiger und differenzierter Strategien zum Umgang mit Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu schaffen, da bislang sowohl flächendeckende Zahlen zu Übergriffen auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes als auch ein systematischer Überblick über praktische Erfahrungen mit Ansätzen zur Eindämmung der Gewalt fehlen.

Die Befragung im Rahmen dieses Projektes bezog auch die Erfahrungen der Beschäftigten im Justizvollzug mit ein. Der **BSBD** kritisierte seit langer Zeit, dass sowohl verbale als auch körperliche Übergriffe auf Bedienstete nicht vollständig erfasst wurden. Jeder Vorfall muss gemeldet, bearbeitet und ggf. zum Schutz der Mitarbeitenden entsprechend sanktioniert werden. Leider zeigt auch die Studie, dass die Sanktionierung, Aufarbeitung und Nachbetreuung von gewalttätigen Vorfällen von den Beschäftigten als unzureichend empfunden wird.

Bereits vor einigen Jahren stellten wir als **BSBD** fest, dass es bundesweit keine Kriterien für ein gleiches Erfassungssystem im Justizvollzug der Länder gibt und die Dunkelziffer von nicht gemeldeten Übergriffen entsprechend hoch ist. Die Möglichkeit der Meldung von Übergriffen, die auf der **BSBD**-Homepage aus diesem Grund kurzfristig eingerichtet wurde, um festzustellen, wie viele Übergriffe unsere Kolleginnen und Kollegen im Dienst erlebten und wie hoch die Anzahl der offiziellen Meldungen tatsächlich ist, wurde zahlreich angenommen und bestätigte unsere Vermutung.

Auch in der vorliegenden Studie des FÖV bestätigte sich die Lage im Justizvollzug und im Umgang mit Übergriffen auf Mitarbeitende. Dazu ist festzustellen, dass das FÖV weder durch die Gewerkschaft beauftragt wurde noch im Verdacht steht, gewerkschaftsnah zu agieren. (Ein Vorwurf, der sonst nur zu gern aus wenigen Kreisen der Politik zu vernehmen ist.)

Laut Studie unterscheidet sich das Ausmaß der Gewalt stark zwischen den Beschäftigungsbereichen. „Bei der Feuerwehr, den Rettungskräften, im Veterinäramt, im Ordnungsamt und im Justizvollzug haben ein Drittel oder mehr Beschäftigte innerhalb eines Jahres Gewalt erlebt. In anderen Bereichen des ÖD waren es im gleichen Zeitraum unter zwanzig Prozent.“

Die Befragten meldeten durchschnittlich nur 30 Prozent der erlebten gewalttätigen Übergriffe. Die Dunkelziffer lag also bei 70 Prozent der Fälle, variiert aber stark zwischen den verschiedenen

Beschäftigungsbereichen und Straftatbeständen.

Im Justizvollzug werden immer noch nur knapp 53 Prozent der Fälle gemeldet. Die Dunkelziffer nimmt allerdings mit der Schwere der Straftat ab.

Erschreckend sind dabei die Gründe, die die Beschäftigten von einer Meldung abhalten. Nach der Befragung liegt die Vermutung nahe, dass vor einer Meldung der Aufwand gegen den Nutzen abgewogen wird und dass eine Meldung keine Änderung der Situation hervorruft. Der bürokratische Aufwand ist zu hoch oder es fehlt schlichtweg die Zeit, so wurde es auch dem **BSBD-Bund** berichtet.

Weiter wird vom FÖV festgestellt, dass vor allem die Zahl der nicht gemeldeten Fälle ein großes Problem darstellt. „Problematisch erscheinen vor allem die Fälle, in denen die Beschäftigten angeben, dass ihre Behörde keine Unterstützung anbietet (17 Prozent), Meldungen nicht gern gesehen werden (11 Prozent), negative Konsequenzen für die Betroffenen haben können (11 Prozent) oder Vorgesetzte Beschäftigte angewiesen haben, Übergriffe nicht zu melden (3 Prozent). Beschäftigte aus dem Justizvollzug und von Schulen sowie Opfer sexueller Gewalt gaben diese Gründe besonders häufig an.“

Allzu häufig sind die Aussagen von Kolleginnen und Kollegen zu hören, „da kommt eh nichts bei raus, das interessiert doch sowieso keinen, dann bekommt der Gefangene eine Strafe und lacht mich hinterher noch aus.“

Selbst vor Gericht wurden die Kolleginnen und Kollegen (in Bezug auf gewalttätige Übergriffe durch Gefangene auf Beschäftigte) mit Richteraussagen konfrontiert, die den Tenor hatten, dass sie doch wissen müssten, wo sie arbeiten, dass dies doch zu ihrem Beruf dazu gehört und dass sie mit dem Berufsrisiko leben sollten.

Auch im Rahmen der Straferwartung von Gefangenen fielen vereinzelt die Übergriffe auf Bedienstete bei der Strafzumessung für die zu ursprünglich zu verurteilende Straftat durch das Gericht oder bei der Strafforderung durch die Staatsanwaltschaft unter den Tisch. (*Der Vollzugsdienst berichtete.*)

An dieser Stelle noch einmal der Appell an die **BSBD**-Mitglieder bzw. alle Bediensteten des Justizvollzuges, jeden Übergriff zu melden und auf weitere Verfolgung zu bestehen. Tätlichkeiten und Beleidigungen gegenüber den Beschäftigten müssen nicht toleriert werden.

Sollte es immer noch Personal- oder Disziplinarverantwortliche geben, die dies nicht begreifen, muss es ihnen von vorgesetzter Stelle, dem Personalrat oder dem **BSBD** vorgehalten werden. Zumindest für die letzten beiden genannten Institutionen ist dies bereits gelebte Praxis.

Auch im Bereich der Nachsorgemaßnahmen wurde anhand der Befragung dem Justizvollzug und dem Bildungsbereich die schlechteste Unterstützung durch die zuständigen Behörden attestiert. Je schwerer der Gewaltübergriff, desto schlechter bewerteten Beschäftigte die Unterstützung. Dabei sei zur Ehrenrettung des Justizvollzuges angemerkt, dass gerade die Arbeit der Soforthelfer vor Ort (Kriseninterventionsteams, Erstbetreuer, Krisenhilfeteams etc.) geschätzt und in Anspruch genommen wird. Mit 86 Prozent liegt hier der Justizvollzug an der Spitze der Behörden. Auch Nachbesprechungen wurden in 70 Prozent der Fälle bei den Befragten durchgeführt und 60 Prozent der Befragten aus dem Justizvollzug gaben an, dass es das Angebot professioneller psychologischer Betreuung gab.

Zum Ausblick stellte die Studie heraus, dass die Ergebnisse Anhaltspunkte liefern, die zu einem vertieften Dialog mit den Beschäftigten führen soll, um gezielte Präventions- und Nachsorgeprogramme zu erstellen. Allerdings ist auch diese Erkenntnis nicht neu. Die **BSBD**-Landesverbände sind im stetigen Gespräch mit den Behörden, um die Gewaltprävention voranzutreiben. Alle Beteiligten wissen, dass in vielen Ländern noch Luft nach oben ist. Allzu oft scheitern Programme und Maßnahmen am Haushaltsbudget der Justizministerien. Persönliche Ausrüstung der Beschäftigten, die technische Ausrüstung zur Alarmierung sowie der Kommunikation und vor allem die ausreichende Besetzung der Stellen in den Justizvoll-

zugsanstalten dürfen nicht an zu knapp kalkulierten oder zu knapp bereitgestelltem Budget scheitern. Zahlreiche Präventionsmaßnahmen aus Sicht der Behördenleitungen und Beschäftigten sind ebenfalls in einem weiteren ergänzenden Teil der Studie aufgeführt und bedürfen der bundesweiten Umsetzung.

Der **BSBD** dankt dem Bundesministerium des Innern und dem FÖV der Uni Speyer für die Durchführung und Bereitstellung der unabhängigen Studie. Sie hält den Behörden den Spiegel vor und verweist auf die Lage bzw. auf den Istzustand der Gewalt gegenüber den Beschäftigten des ÖD u. a. dem Justizvollzug. Vor allem verdeutlichen die Ergebnisse einer breiten Masse, dass vor allem im Justizvollzug die Übergriffe auf Beschäftigte ein zentrales Thema für die Gesundheitsprävention sein sollten. ■

Näheres zur Studie des FÖV unter

- „Gewalt gegen Beschäftigte des ÖD -Ergebnisse der Behörden- und Beschäftigtenbefragung“
<https://dopus.uni-speyer.de/frontdoor/index/index/docId/5769>
- „Gewalt gegen Beschäftigte des ÖD -Zusammenfassung“
<https://dopus.uni-speyer.de/frontdoor/index/index/docId/5742>
- und „Gewaltprävention im ÖD“
<https://dopus.uni-speyer.de/frontdoor/index/index/docId/5744>

Bisheriges Fazit des BSBD-Bund zur Arbeit des BMJ in Sachen deutscher Strafvollzug

Note – mangelhaft –

Der **BSBD-Bund** bewertet die bisherige Arbeit und Zusammenarbeit mit dem **BMJ** als mangelhaft. Die bisherige **(nicht vorhandene) Zusammenarbeit und mangelnde Information** durch das **Bundesjustizministeriums (BMJ)** sind Indizien, **dass dem BMJ offensichtlich nichts am Justizvollzug und seinen Beschäftigten gelegen ist.** Die Studie zur Lage Gewalt gegen Beschäftigte im Justizvollzug wurde nicht etwa über das **BMJ** initiiert, sondern durch das Bundesministerium des Innern. Gewalt gegen Beschäftigte wurde bereits mit der vormaligen Justizministerin **Lambrecht** seitens des **BSBD** thematisiert, wie auch das Thema Sicherheit der Anstalten, Personalgewinnung und die Unterstützung des Bundesministeriums für den Justizvollzug der Länder.

Eine Dialoganfrage an das im Amt befindliche **BMJ** zur Lage des deutschen Justizvollzuges und zur Studie „Gewalt gegen Bedienstete“ blieb bislang ebenso unbeantwortet wie eine Einladung zum Treffen des Bundeshauptvorstandes des **BSBD** in Berlin. Damit nicht genug, wird auf der Homepage des **BMJ** propagiert, dass zum vorliegenden Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums für Justiz zur „Überarbeitung des Sanktionenrechts, Ersatzfreiheitsstrafe, Strafzumessung, Auflagen und Weisungen sowie Unterbringung in einer Entziehungsanstalt“ alle betreffenden Gewerkschaften und Institutionen informiert wurden und die Möglichkeit zur Stellungnahme erhielten.

Der **BSBD** ganz sicher nicht, obwohl gerade der Justizvollzug durch die Änderung des §64 StGB Unterbringung in einer Entziehungsanstalt nach dem Maßregelrecht massive Auswirkungen zu erwarten hat. Unter anderem hat es der **BSBD-Bund** der Aufmerksamkeit des **BSBD-Landesverbandes NRW** zu verdanken, dass er rechtzeitig aus den eigenen Reihen informiert wurde. Der **BSBD** hat fristgerecht eine Stellungnahme zum genannten Referentenentwurf eingereicht und die geplante Änderung des §64 StGB abgelehnt.

Betrachtet der **BSBD-Bund** die bisherige Arbeit des **BMJ**, sieht er darin vorläufige Indizien, dass der derzeitige Bundesjustizminister **kein Interesse für die Beschäftigten im Justizvollzug zeigt**, trotz aller Beteuerungen der derzeitigen Bundesregierung, den direkten Kontakt und Dialog mit den Bürgern zu suchen und zu führen.

Hat sich die Bundespolitik tatsächlich so weit von seinen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, den Sorgen und Nöten entfernt? Gerade in weltpolitisch brisanten Lagen wie die des Ukrainekrieges und die damit möglichen innenpolitischen Unruhen durch die Energiekrise und initiiert durch radikale politische Kräfte, sollte die Sicherheit der Bürger oberste Priorität haben. Diese ist nur durch die Einbeziehung der Sicherheit des Justizvollzuges und damit der Arbeit seiner Beschäftigten zu gewährleisten. Wer Sicherheit gewähren will, sollte auch seine Mitarbeiter schätzen. Von einem **FDP**-geführten Justizministerium und einer **SPD/GRÜNEN/FDP**-Regierungscoalition erwartet der **BSBD** und seine Mitglieder mehr als Nichtbeachtung durch Schweigen. ■



Das im Frühjahr vereinbarte Präsenztreffen der BSBD-Jugend Bund fand im September mit Vertretern aus etlichen Bundesländern in Fulda statt.

Foto: BSBD

Bundesjugendtreffen in Fulda

Der **BSBD** beschloss beim Bundesgewerkschaftstag, dass die **Jugendarbeit in den Gewerkschaften mehr in den Vordergrund rücken muss – denn eine starke Jugend geht mit einer starken Zukunft Hand in Hand.**

Somit trafen sich erstmalig online im Frühjahr 2022 Vertreter mehrerer Bundesländer (wie bereits im Vollzugsdienst berichtet). In diesem Rahmen wurde ein Präsenztreffen im Frühherbst anvisiert. Dies fand nun Mitte September mit vielen Vertretern aus den einzelnen Bundesländern in Fulda statt.

Mit Unterstützung der Bundesleitung, vertreten durch **René Müller** und **Horst Butschinek**, wurde die Tagung

durchgeführt. Zu Beginn berichtete der Bundesvorsitzende über die aktuellen Themen und Vorkommnisse, sowie über den anstehenden **dbb** Bundesgewerkschaftstag und die Tarifverhandlungen im nächsten Jahr. Anschließend wurde durch die Teilnehmer aus ihren Bundesländern berichtet. Ein wichtiger Part für die anstehende Legislatur besteht darin, eine Vergleichbarkeit zu schaffen, damit für die Landesjugendsprecher ein Ansatz entsteht, über einzelne Punkte zu argumentieren.

Beispielsweise die unterschiedlichen Höhen und Voraussetzungen für den Anwärtersonderzuschlag, hier gibt es teilweise gravierende Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Wahl eines Bundesjugendsprechers samt Stellvertretung. Hier wurde **Philipp Weimann** aus dem Landesverband Baden-Württemberg vom Plenum bestimmt. Zu seiner Stellvertreterin wurde **Vivian Wernert** aus Hamburg gewählt. Ein Dank gilt der kommissarischen Bundesjugendleitung, welche den **BSBD** übergangsweise auf den Sitzungen der Gremien der **dbb Jugend Bund** vertreten haben, dies geschah durch **Tamara Bauer** aus Bayern und **Philipp Weimann**.

Wir hoffen, dass wir die **BSBD-Jugend Bund** etablieren können und einen wertvollen Beitrag für die zukünftige Entwicklung des **BSBD** und die Kolleginnen und Kollegen im Strafvollzug leisten können.

Die Jugend ist unsere Zukunft und nur mit vernünftigen Strukturen und modernen Arbeitsbedingungen kann der Strafvollzug Deutschlandweit auf sichere Füße gestellt werden. Wir tragen maßgeblich für die öffentliche Sicherheit bei, auch wenn unser Beitrag oft durch die Öffentlichkeit nicht so wahrgenommen wird wie er ist. ■



René Müller, Vivian Wernert, Philipp Weimann.

Bericht über das Gremientreffen in Berlin

Bundesseniorensprecher tagten

Winfried Conrad stellte Ideen für die Neu-Konzeption der Arbeit in der **BSBD** Bundesseniorenvertretung vor

Erstmals nach dem Bundesgewerkschaftstag Ende des letzten Jahres in Soltau trafen sich die BSBD Bundesseniorensprecher zu ihrem diesjährigen Treffen. Geladen waren die Ländervertreter der Pensionäre nach Lahnstein in Rheinland-Pfalz.

Der stellvertretende Bundesseniorensprecher **Georg Konrath** begrüßte die Teilnehmer, insbesondere die Kollegen **Markus Wollscheid** – Saarland, **Günter Kowalski** – Hessen und **Winfried Conrad** – Rheinland-Pfalz, die neuen Mitglieder in der Runde.

Kollege **Winfried Conrad**, erst vor kurzem als **BSBD**-Bundesseniorensprecher ernannt, übernahm sodann die Sitzungsleitung. Nach den protokollarischen Erfordernissen stand zunächst der Bericht aus der Bundeshauptvorstandssitzung an.

Gemeinsam berichteten Kollege **Georg Konrath** und **Winfried Conrad** über das Gremientreffen in Berlin. Unter der Leitung unseres Bundesvorsitzenden **René Müller** konnte neben den Vertretern der Bundesländer auch der **dbb** Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** begrüßt werden. Seine Aussagen überzeugten insbesondere nicht die beiden Seniorenvertreter.

Irritationen erzeugte der **dbb Bundesvorsitzende** mit seiner Feststellung, (im Zusammenhang mit der Kritik der Nichtübertragung der Coronaprämie auf die Pensionäre), dass das Ergebnis der Tarifverhandlung zukünftig aus seiner Sicht keine Grundlage mehr für Gehalt und Versorgung sein könne. Hier müssten in den Ländern eigenständige Verhandlungen stattfinden!

Die beiden Pensionärsvertreter kommentierten die Aussage so, dass die Jahrzehnte geltende Praxis – aller **dbb Vereinigungen** – die jeweiligen Tarifergebnisse möglichst inhalts- und zeitgleich auf Gehalt und Versorgung zu übernehmen, in Frage gestellt wird.

Die Zukunft verspricht spannend zu werden, so die beiden Gewerkschaftler.

Die Versammlung fand im Hotel Titanic in Berlin statt, unter der Leitung des Bundesvorsitzenden **René Müller**, die große Mehrzahl der Länder war durch die Landesvorsitzenden oder Stellvertreter vertreten.

Bedauert wurde, dass kein Vertreter aus dem Bundesjustizministerium der Einladung gefolgt war und noch schlimmer, keinerlei Antwort auf die ausgesprochenen Einladungen erfolgte!

Als Gast konnte am 28. April der **dbb** Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** begrüßt werden, der zum anstehenden Bundesgewerkschaftstag des **dbb** seine erneute Kandidatur und die der beiden weiteren hauptamtlichen Vorstände ankündigte.

Im Zusammenhang mit der Kritik – Nichtübertragung der Coronaprämie auf die Pensionäre – vertritt **Silberbach** die Ansicht, es müsse dort eigenständig über die Anpassung bei Gehalt und Versorgung verhandelt werden!

Wie das in der Praxis genau gehen sollte, erläuterte er allerdings nicht!

Kollege **Konrath** kritisierte, dass man Bewährtes erst aufgeben könne, wenn belastbare Alternativen aufgezeigt werden, dies ist er leider bisher schuldig geblieben!

Zum Tarifabschluss 2021 erläuterte **Ulrich Silberbach**, dass es nicht möglich gewesen sei, das Angebot, die 1.300.– Euro steuerfreie Coronaprämie nicht anzunehmen, dies wäre bei den aktiven Mitgliedern auf absolutes Unverständnis gestoßen!

dbb akademie Königswinter geschlossen

Im weiteren Verlauf der Sitzung berichtete Kollege **Georg Conrad** über die Schließung der **dbb akademie Königswinter** und die Neukonzeption der Seminare!

Bundesseniorenvertreter **Georg Konrath** berichtete weiter, dass nach dem überraschenden Rücktritt des Kollegen **Wieland Majer** nun die Seniorengemeinschaft den Kollegen **Winfried Conrad** als neuen Bundesseniorensprecher gewählt haben. Er wurde in Berlin vom **BSBD**-Bundeshauptvorstand bestellt.

Anschließend referierte Kollege **Georg Konrath** über die Sitzung der **dbb Hauptversammlung** der Bundessenioren. Der Vorsitzende **Dr. Klitzing** eröffnete die erste Präsenzveranstaltung nach der Corona-Pandemie.

Hauptberatungspunkt waren die 65 durch die Antragskommission aus insgesamt 143 zusammengefassten Anträge der Mitgliedsverbände an den

dbb Bundesgewerkschaftstag in Berlin. (Soll noch an alle Mitglieder übersandt werden!)

Georg Konrath bat die **BSBD/dbb Delegierten** insbesondere um Unterstützung für die beiden satzungsändernden Anträge der **dbb-Bundesseniorenvertretung** für die notwendige 2/3 Mehrheit zu werben!

Bei den beiden Anträgen wird gefordert, künftig einen Seniorenvertreter im Bundesvorstand als beratendes Mitglied (wie bei den „**Jungen Bediensteten**“) und im zweiten Antrag einen Vertreter in der Bundestarifkommission entsenden zu dürfen!

- Eine breite Diskussion gab es natürlich um den unbefriedigenden Tarifabschluss, insbesondere die Coronaprämie.
- Weiter gab es intensive, z. T. kontroverse Diskussionen mit dem **dbb Bundesvorsitzenden Silberbach**.
- Der **BSBD-Bundesvorstand** wird div. Anträge z. B. unsere langjährige Forderung, die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzulage in allen Bundesländern, bei der **dbb-Bundesseniorenvertretung** vorbringen!

Das Tarifiergebnis wurde diskutiert

Anschließend diskutierten die Anwesenden das Tarifiergebnis für die rund eine Million Tarifbeschäftigten der Länder (außer Hessen) vom 29. November in der dritten Runde am 9. Dezember 2021.

Das Tarifiergebnis im öffentlichen Dienst der Länder sieht eine Lohnsteigerung von 2,8 Prozent ab Dezember 2022 und eine einmalige Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro für die Aktiven vor. Der Tarifabschluss hat eine Laufzeit von 24 Monaten.

Alle Länder (außer Hessen) wollen das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen.

Die Diskussion im Gremium ergibt eine flächendeckende Unzufriedenheit im gesamten Bundesgebiet!

Anschließend erfolgten die Berichte aus den Bundesländern.

Dabei berichteten aus:

- Baden-Württemberg (**Georg Konrath**)

- Saarland (**Markus Wollscheid**)
- Rheinland-Pfalz: (**Winfried Conrad** und **Ambrosius Luzius**)
- Schleswig-Holstein (**Wilhelm Schulz**)
- Brandenburg: (**Manfred Kühne**)
- Hamburg: (**Thomas Barendt**)
- Hessen: (**Günter Kowalski**)
- NRW (**Berthold Hambacher**)

Ideen einer Neu-Konzeption vorgestellt

Winfried Conrad stellte im Folgenden seine Ideen für eine Neu-Konzeption der Arbeit in der **BSBD-Bundesseniorenvertretung** vor.

Es wurde über Ort und Umfang sowie Inhalte der künftigen Zusammenkünfte diskutiert. Hauptproblem sind die für

Winfried Conrad schlägt vor, künftig eine **BSBD-Tagung** mit der Sitzung je nach Bedarf unmittelbar vor- oder nachher zu koppeln. Dadurch lassen sich erhebliche Synergieeffekte erzielen, der Vorschlag fällt auf einhellige Zustimmung aller Teilnehmer.

Beschlossen wurde, in 2023 vom 2. bis 4. Mai eine Tagung für „BSBD-Seniorenvertreter“ in Erfurt mit etwa 15 bis 20 Teilnehmern durchzuführen.

Im unmittelbaren Anschluss sollen dann am 4. bis 5. Mai. die Ergebnisse in einer **BSBD-Bundesseniorenausschuss-Sitzung** aufgearbeitet werden. Hierdurch können alle Ziele und Wünsche berücksichtigt werden! Kollege **Conrad** wird das Konzept dem **BSBD-Bundesvorstand** vorstellen.



Die BSBD-Bundesseniorensprecher trafen sich in Lahnstein/Rheinland-Pfalz

ein Bundesgremium üblichen Schwierigkeiten wie z.B. die Entfernung bei An- und Abreise und die engen finanziellen Vorgaben!

Dringend notwendig wäre es einen weiteren Tag anzuhängen um wirklich inhaltlich zu diskutieren und ggf. auch Referenten einladen zu können!

Eine **BSBD-Tagung** würde hier die notwendigen Spielräume schaffen!

Winfried Conrad stellt eine Neukonzeption vor, bei der die Kostendeckung berücksichtigt, aber auch dem Wunsch, mehr Beratungszeit für die Themen zu haben, berücksichtigt werden soll.

Besprochen wurde weiterhin:

- **Energie-Entlastungspaket**, die ältere Generation fällt durch das Netz.
- Die **Auswirkungen der Corona Pandemie**.
- Zeitschrift **Vollzugsdienst** + „**Aktiv im Ruhestand**“.
- **Flyer für den Pensionseintritt** (abgeschlossen).

Die Teilnehmer sind sich einig, dass jedes Land hier einen auf seine speziellen Bedürfnisse abgestellten Flyer erstellen sollte. Muster und Vorlagen sollten ausgetauscht werden.

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 ■ Vorteilzins für den öffentl. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilzins
 effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate: 2,50% off. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.
 Exklusivzins sehr gut

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 776180-0
 info@ak-finanz.de
 www.AK-Finanz.de

Elke Wiesbauer zur neuen Vorsitzenden gewählt

Neuwahlen beim Arbeitskreis Frauen

Vom 24. bis 26. Juni 2022 fand in Berlin die Sitzung des Arbeitskreises Frauen des BSBD statt. Vorausgegangen war am 12. April 2022 eine virtuelle Sitzung des Arbeitskreises Frauen unter der Leitung der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dörthe Kleemann. Die Frauen einigten sich darauf in diesem Jahr wieder eine Sitzung in Präsenz durchzuführen.

Bedingt durch die drastisch gestiegenen Preise war es äußerst schwierig, ein preisgünstiges Hotel mit angemessenen Tagungsgebühren zu finden.

Am Rande einer Arbeitstagung kam die Vorsitzende des Arbeitskreises, Kollegin Bernhardt, mit der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) ins Gespräch. Daraus resultierte eine Einladung der DPoIG ins dbb forum, welche dankend angenommen wurde.

Unsere AK-Sitzung beinhaltete die Auseinandersetzung mit der Pande-

• Mangelnde Wertschätzung der Beamten und Beschäftigten.

Diese Themen kamen durch die Pandemie noch mehr zum Ausdruck. Durch den systemrelevanten Beruf kam noch die doppelte Belastung bei Kolleginnen und Kollegen hinzu, welche sich abwechselnd um die Kinderbetreuung und unvorhergesehene Corona Quarantäne kümmern mussten und gezwungenermaßen zu Hause blieben.

Der Ausfall der fehlenden Kolleginnen und Kollegen musste kompensiert werden. Dies erwies sich besonders schwierig im Schichtdienst.

Ein weiterer Aspekt der schwierigen Arbeitsbedingungen, waren teilweise als widersinnig und widersprüchlich empfundene Anweisungen und Erlasse aus den Ministerien und der Führungskräfte. Es war für viele Bedienstete eine Herausforderung, sich hierbei noch richtig orientieren zu können.

Diese in verschiedensten Bereichen entstandenen schwierigen Begleiter-



Symbolfoto:
Leo Li/stock.
adobe.com

Es war ausgesprochen schwierig ein preisgünstiges Hotel mit bezahlbaren Tagungsgebühren zu finden.

Die neu gewählte Vorsitzende des Arbeitskreises Frauen kommt aus dem Landesverband Bayern. Sie ist im Bayerischen Justizvollzug tätig und ihr Name ist Elke Wiesbauer. Herzlichen Glückwunsch!

Franziska Hoffmann zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt

Die Wahl zur Stellvertreterin konnte die Kollegin Franziska Hoffmann für sich entscheiden. Sie kommt aus dem Landesverband Brandenburg und ist im Brandenburgischen Justizvollzug tätig. Auch zu dieser Wahl einen herzlichen Glückwunsch.

Die Staffelstabübergabe von Ingrid Bernhardt an Elke Wiesbauer erfolgte noch am selbigen Tag. Durch die Gastfreundschaft der DPoIG erlebten wir einen wunderbaren Abend als Abschluss eines erfolgreichen Arbeitstages.

Ich möchte mich bei allen Frauen und der Bundesleitung für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Ich wünsche Elke Wiesbauer und Franziska Hoffmann viel Erfolg in ihrem Amt!

Bleibt alle gesund und meistert jede kommende Krise mit viel Engagement und Motivation.

Ingrid Bernhardt



(v.l.n.r.) Ingrid Bernhardt, Elke Wiesbauer und Franziska Hoffmann.

Foto: BSBD

mie und deren Auswirkungen auf die einzelnen Arbeitsbereiche und ihre Schlussfolgerungen.

Dabei kristallisierte sich heraus, dass uns viele aktuelle Themen schon seit Jahren begleiten.

- Personalabbau
- Unzureichende Neueinstellungen
- Überlastung durch Überstunden
- Hoher Krankenstand
- Abwanderungen von Bediensteten
- Angriffe/Übergriffe auf weibliche Bedienstete von Straftätern

scheinungen führten ebenfalls zu einer Erhöhung psychischer Belastungen der Bediensteten.

Anschließend beschäftigte sich der Arbeitskreis mit Anträgen an den im November stattfindenden Gewerkschaftstag des dbb. Wir erarbeiteten Anträge in Zusammenarbeit mit unserer stellv. Bundesvorsitzenden Dörthe Kleemann.

Nach erarbeiteter Antragstellung an den BSBD/dbb erfolgte die Wahl der neuen Bundesfrauenvertreterin und ihrer Stellvertreterin.

Sicherheit im bundesdeutschen Justizvollzug

Vortrag und Diskussion über die Einsatzmöglichkeit von Tasern

Die Sicherheit im Justizvollzug der Länder stand im Fokus des Bundesseminars in Koblenz. Bundesseminarleiter Winfried Conrad konnte 16 Kolleginnen und Kollegen aus acht Bundesländern begrüßen, die sich für die Thematik zu dem Seminar gemeldet hatten.

Als Referent stand zunächst Kollege Stefan Ternes zur Verfügung. Er hatte als Thema: **Wo stehen wir bei der Sicherheit in den Vollzugseinrichtungen Deutschlands?**

Problemlösungen im Vollzugsalltag! Drohnen, Bodycams im Justizvollzug, Drogen- und Handyspürhunde und der Einsatz künstlicher Intelligenz wurden vom Referenten angesprochen und erörtert.

Die Seminarteilnehmer waren überzeugt, dass der Bereich Sicherheit auch zukünftig eine bedeutende Rolle im bundesdeutschen Justizvollzug spielen muss.

Der nächste Seminartag stand zunächst im Zeichen der Polizeiarbeit zum Thema Einsatztaktiken und -mittel der Polizei bei Widerständen und Störungen.

Als kompetenten Referenten konnte vom Polizeipräsidium Trier Kollege Stefan Mergens gewonnen werden. Hauptthema seines interessanten Vortrags war die Einsatzmöglichkeit des Tasers.

Wäre ein Taser-Einsatz im Justizvollzug hilfreich?

Die rheinland-pfälzische Polizei war bundesweiter Vorreiter beim flächendeckenden Einsatz von Tasern. Kollege Mergens informierte über die Einführung und die Erfahrungen mit dem Taser bei der Polizei. Die Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern hatten die Gelegenheit,

selbst den Taser auszuprobieren. Ein Kollege stellte sich zur Verfügung um sich – auf eigenen Wunsch tasern zu lassen.

Anschließend wurde im Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutiert, inwieweit der Einsatz von Tasern auch im Justizvollzug sinnvoll und hilfreich wäre.

Drogen in den Justizvollzugseinrichtungen

„Die neuen harten Drogen in den Justizvollzugseinrichtungen“, so lautete die Überschrift des Vortrages von Kollegen Kilian Letzas aus der JVA Wittlich. Kollege Letzas ist anerkannter Fachmann für den Bereich der synthetischen Drogen und ist zwischenzeitlich auch bundesweit in Sachen Drogenproblematik unterwegs.

Neben beeindruckenden Zahlen präsentierte der Referent auch die Entwicklungsgeschichte der neuen Drogen. Beeindruckt waren die Seminarteilnehmer von der akribischen Arbeit des Kollegen und seiner „Mitsstreiter“ zur Erkennung von Drogenkonsum in den Anstalten. Auch über die Wege der Drogen in die Vollzugseinrichtungen informierte er ausführlich.

Podiumsdiskussion über Sinn und Zweck von Ersatzfreiheitsstrafen

Am letzten Tag des Seminars wurde über die aktuelle Situation im Hinblick auf die Sicherheitslage der Vollzugseinrichtungen im Bundesgebiet gesprochen.

Auch der Sinn und Zweck der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen in den Anstalten wurde in einer Podiumsdiskussion der Teilnehmer und Teilnehmerinnen kritisch beleuchtet. ■



Foto: BSBD

BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug

Mehr Informationen
www.bsbd.de